

Stefanie Hürtgen

## Was nutzt uns Solidarnosc heute?



*Stefanie Hürtgen, geb. 1970 in Berlin, Abitur und verschiedene Lohnarbeiten in Ost-Berlin, Studium der Politikwissenschaften an der FU Berlin, Arbeiten im gewerkschaftlichen Bildungsbereich, Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Moskau, Wroclaw und Paris, arbeitet derzeit an einer Dissertation zu gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in Multinationalen Konzernen in Frankreich, Deutschland und Polen.*

„20 Jahre Solidarnosc“ - offenbar kein Anlass zum Feiern. Es ist auffällig, wie bescheiden, geradezu abwesend, sich die Rückschau auf eine der größten europäischen Volksbewegungen der vergangenen Jahrzehnte ausnimmt. Auch in Polen selbst geriet das Gedenken zum zwanzigsten Jahrestag zu einem offiziösen Festakt, von dem sich heutige soziale Bewegungen meist fern hielten. „Solidarnosc“, 1980/81 noch Symbol für eine mutige, kämpferische Gewerkschaft, steht heute gerade bei Jüngeren für national-klerikales oder liberales Gedankengut, das mit den eigenen Debatten nichts zu tun hat.

Ziel des folgenden Aufsatzes ist es dazu anzuregen, sich gängigen Geschichtsbildern von sozialen Bewegungen kritisch zu nähern. Nicht nur der konkreten „Ehrenrettung“ von Solidarnosc wegen. Bei genauerer Betrachtung ist es nämlich ein prinzipielles Problem und gar nicht selten, dass Teile oppositioneller Kräfte zu Gegnern ihrer ursprünglichen Forderungen und der sie tragenden sozialen Akteure werden - und die Geschichte plötzlich eine Umdeutung erfährt. Sind die bundesdeutschen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre aber weniger wichtig, weil ein Teil von ihnen, die Grünen, zur Atomtransport- und Kriegspartei mutierte? Umgekehrt sollte es doch Anliegen sein, Geschichtsschreibung nicht den „Angekommenen“ zu überlassen und - ohne wiederum zu vereinseitigen - die auch heute unbequemen Fragestellungen vergangener Rebellionen lebendig zu halten.

In der Einschätzung von Solidarnosc gibt es derzeit zwei vorherrschende Meinungen. Eine, vor allem in der Wissenschaft etablierte, besagt, Solidarnosc sei zuerst eine politische, „zivilgesellschaftliche“ Bewegung gegen „den Kommunismus“ gewesen. Eine zweite, stärker in der öffentlichen Meinung verankerte Interpretation sieht Solidarnosc vor allem als eine klerikale, mithin konservative Bewegung an. Im folgenden Beitrag wird auf einige Aspekte der Geschichte der Solidarnosc eingegangen, erstens um Grenzen dieser beiden Interpretationen zu umreißen und zweitens um Begründungen dafür zu liefern, warum es historisch richtig und für heutige, etwa im Zuge der EU-Osterweiterung sich stellende Fragen lohnend ist, Solidarnosc als soziale Gegenbewegung zu begreifen.

## Solidarnosc, eine katholische Bewegung? Der Zeitraum 1980/81

1980/81 war die Kirche in Polen allgegenwärtig<sup>1</sup>. Keine Streikversammlung, so scheint es, ohne Priester, kein Foto im „Spiegel“ ohne betende Arbeiter. Ein zentraler Grund für die starke Präsenz der Kirche lag darin, dass die Bewegung 1980/81 weit über das städtische traditionelle Proletariat hinausging<sup>2</sup>. In der Tat bestand die am Ende 10 Millionen Mitglieder umfassende Solidarnosc (die Bauern-Solidarnosc und die der Studenten nicht mitgezählt) aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, in deren Kommunikation kirchliche Symbole und Rituale verschieden stark verankert waren.

Den Anfang machten im Juli 1980 Arbeiter mehrerer Großbetriebe, die – anlässlich von drastischen Preiserhöhungen vor allem für Lebensmittel sowie Normerhöhungen – spontan und ohne voneinander zu wissen die Arbeit niederlegten. Mit diesen meist mehrere Tage dauernden Streiks konnten die Belegschaften bei den jeweiligen Betriebsleitungen durchaus Zugeständnisse wie Lohnerhöhungen erringen. Eine neue Qualität bekam die Welle der Arbeitsniederlegungen, als im August 1980, von der Leninwerft in Gdansk ausgehend, ein überbetriebliches Streikkomitee gegründet wurde, dem sich schnell quasi alle Betriebe der Stadt und dann der gesamten Region anschlossen. Bereits drei Tage später wurden die berühmten „21 Forderungen von Gdansk“ formuliert, an erster Stelle die nach freien Gewerkschaften. Die Bewegung hatte eine Führungsrichtung bekommen; noch im August folgten Streiks im ganzen Land zur Durchsetzung der Gdanker Forderungen<sup>3</sup>.

Diejenigen, die sich nun an der Spitze einer bereits landesweiten betrieblichen Bewegung sahen, Arbeiter der industriellen Großbetriebe, insbesondere aus dem Norden Polens, waren, wie Beobachter und Kommentatoren immer wieder erstaunt feststellten, erstens sehr jung (größtenteils zwischen 20 und 30 Jahren) und vor allem gehörten sie zweitens nicht zum alteingesessenen Industrieproletariat, sondern waren eben erst vom Land in die Stadt gekommen. Die fast völlige Abwesenheit kirchlicher Symbole, wie sie noch beim von Traditionsarbeitern getragenen Poznaner Aufstand 1956 typisch war, verkehrte sich nun in ihr Gegenteil, denn bäuerliches Denken hatte mit den gewaltigen Industrialisierungsprozessen der sechziger und siebziger Jahre die Städte erreicht<sup>4</sup>. Von Anfang an waren daher politische Zielsetzungen – die wohl weitestgehenden wurden in Stettin formuliert, wo das Streikkomitee u.a. die Offenlegung der KSZE-Schlussakte und Maßnahmen gegen den Hunger in der Dritten Welt forderte – begleitet von kirchlichen Ritualen. Mit denen machten sich die

---

1 Es kann hier nicht auf die jahrhundertelange Geschichte nationaler Unterdrückung und Fremdherrschaft Polens eingegangen werden, in deren Verlauf die Frage der nationalen Selbstbestimmung zur zentralen Achse sozialer Auseinandersetzungen avancierte und die Kirche zum Symbol und Ort nationaler Gegenkultur wurde. 1980 rechneten sich ca. 80 Prozent der Bevölkerung dem katholischen Glauben zu. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass die Arbeiterbewegung Polens um die Jahrhundertwende einen ausgesprochen laizistischen Charakter hatte, und sich die Kirche erst wieder im „Realsozialismus“ als die hauptsächliche Gegenkraft zu den Herrschenden etablierte.

2 In der Literatur wird der Charakter der „ersten Solidarnosc“ als „Volksbewegung“ zwar benannt, doch in den Darstellungen erscheint die ihrerseits mobilisierte Bevölkerung meist nur als Fußvolk für die im Rampenlicht stehenden Führer, allen voran Walesa. Wichtige Ausnahmen sind Melanie Tatur, *Solidarnosc als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen*, Frankfurt a.M./New York 1989 und – fast zeitgleich erschienen, mit anderer politischer Ausrichtung – Klaus Pumberger, *Solidarität im Streik*, Frankfurt a.M./New York 1989. An beide Arbeiten wird bisher kaum angeknüpft.

3 Zur detaillierten Darstellung dieser und der folgenden Ereignisse: Hartmut Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarnosc*, Berlin 1999.

4 Ein Prototyp dieser Entwicklung ist Lech Walesa selbst, der, aus einer ärmlichen Bauernfamilie stammend, mit knapp zwanzig Jahren auf der Leninwerft Arbeit fand, und der in unnachahmlicher Weise konservative Wertvorstellungen, volkstümliche(n) Witz und Sprache mit politischer Rebellion verband.

Menschen nicht zuletzt Mut, denn sie hatten die Erfahrung der blutigen Niederschlagung der Aufstände von 1956, 1970 und 1976 hinter sich<sup>5</sup>. Mit der Ausweitung der Bewegung insbesondere auf die kleineren Betriebe und den ländlichen Raum verstärkte sich in den folgenden Wochen das religiöse Moment.

Im ganzen Land gründeten sich lawinenartig Streikkomitees. Die nun anerkannte Gewerkschaft „Solidarnosc“ führte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zähe Verhandlungen über die aufgestellten sozialen und politischen Forderungen (von Arbeitszeitverkürzung bis zu freier Presse). Obwohl die nationale Leitung der Solidarnosc (KKS) bemüht war, den landesweiten Zusammenhalt zu wahren, nicht zuletzt um der Regierung Zugeständnisse abzurufen, kam es zu einer deutlichen regionalen und beruflichen Ausdifferenzierung der Bewegung. In der Provinz radikalisierten und politisierten sich die Kämpfe oft. In Bielsko Biala, einer Ortschaft im Süden, organisierten gewählte Streikkomitees den mehrwöchigen Ausstand quasi aller Betriebe der Region. Es ging um soziale Forderungen sowie um die politischen Machenschaften der örtlichen Behörden. Rot-weiße Fahnen und das Lied „Damit Polen Polen bleibt“ wurden zum Symbol dieses Kampfes, bei dem die andere Seite mit Drohungen künftiger Repressionen nicht sparte. Erst nach einigen Tagen wurde der Ausstand auch durch den Besuch hochrangiger Kirchenvertreter sanktioniert.<sup>6</sup>

Die KKS, selbst zerrieben in den taktischen Manövern der Gegenseite, schwankte zwischen konsequenter Unterstützung der regionalen und beruflichen Streiks und der Aufforderung, keine Sonderaktionen zu unternehmen, sondern sich auf die nationalen Verhandlungsergebnisse zu konzentrieren. Hier wurden insbesondere der freie Samstag und die Anerkennung der Bauern-Solidarnosc zur Kraftprobe zwischen Regierung und Gewerkschaft.

Deutlich zeichneten sich nun innerhalb der Solidarnosc zwei Flügel ab: die „Radikalen“, die eine Intensivierung der Auseinandersetzungen und den Generalstreik forderten, um endlich alle Forderungen durchzusetzen, und die Gemäßigten um Lech Walesa, der immer häufiger Reisen zu den Unruheherden im Land unternahm, und - oft zusammen mit Vertretern der Kirche - die Versammelten zur Beendigung ihrer Streiks aufrief. Hintergrund der steigenden Spannung waren dabei nicht nur die Willkür örtlicher Behörden, die beispielsweise wie in alten Zeiten Verhaftungen vornahmen, die Hinhaltetaktik der Regierung, die etwa in der Presse immer aggressiver gegen die „konterrevolutionären Unruhestifter“, die den gerechtfertigten Protest der Arbeiter missbrauchten, hetzte, und die militärischen und politischen Drohgebärden der Staaten des Warschauer Paktes. Das allumfassende Problem wurde vielmehr die sich dramatisch verschlechternde Versorgung der Bevölkerung. In einigen Regionen, so um Lodz, gab es massive Symptome von Unterernährung und Hungerkrankheiten; Frauen brachen in den Betrieben zusammen, weil sie das nächtliche Schlangestehen und das tägliche Arbeiten - ohne Essen - nicht mehr aushielten.

Angesichts dieser existenziellen Notlage gab es in den letzten Monaten der „ersten Solidarnosc“ gewissermaßen zwei Pole der Bewegung: Das eine waren die sogenannten „Hungermärsche“, Demonstrationen von Zehn- bis Hunderttausenden, vornehmlich von Frauen der Leichtindustrie und vom Land organisiert, die den Protest letztlich als Bittstellung

---

5 Die Frauen, die sich einige Tage nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 vor die Panzer legten, die auf die noch von den Bergarbeitern besetzte Grube zurollten, beteten und sangen religiöse Lieder, wohl ahnend, dass es wieder etliche Tote und Verletzte geben würde.

6 In anderen Regionen wiederum kam es zu weitreichenden Verhandlungsergebnissen, bis hin zur Neugestaltung des Schullehrstoffs. Zugleich gab es immer wieder Streiks verschiedener Berufsgruppen, in denen veränderte Einstufungsprinzipien und damit ein Ausgleich der zwischen den Branchen stark differierenden Löhne gefordert wurden. Zu diesem Zeitpunkt traten allerdings auch Ingenieure und Verwaltungsangestellte massiv in die Bewegung ein, die weitgehende Distanz zu kirchlichen Symbolen hielten.

vortrugen, und in denen wiederum die katholischen Symbole als Ausdruck des kollektiven Zusammenhalts und der moralische Anklage zentral waren: „Heiliger Vater, lass nicht zu, dass man uns den Hungertod sterben lässt!“ Auf der anderen Seite entwickelte sich genau im Moment größten wirtschaftlichen Verfalls die Debatte um die „Selbstverwaltung der Betriebe“ rasant. Die Vorstellung, dass in der Übernahme der Betriebe und der wirtschaftlichen Kontrolle des Landes durch die Arbeiter ein Ausweg läge, wurde insbesondere von qualifizierten Facharbeitern der wichtigsten Großbetriebe des Landes getragen, aus dem traditionellen Arbeitermilieu stammend. Hier spielte die Religion in der Debatte und in der Symbolik so gut wie keine Rolle.

Die Interpretation der „ersten Solidarnosc“ als katholische Bewegung ist also nicht ganz falsch, sie trifft aber nicht den Kern. Schon darum nicht, weil diese Beschreibung wichtige Träger und Protagonisten ausblendet. Nicht von ungefähr schrieb sich Solidarnosc 1981 offiziell einen „atheistischen Status“ zu<sup>7</sup>: Allein 700.000 Parteimitglieder sowie etliche Linkssozialisten waren in der Solidarnosc organisiert. Hinzu kommt, dass auch diejenigen, die in ihrem Selbstverständnis zuerst als Christen handelten, genau das, was von den Kirchenvertretern gepredigt und gefordert wurde, nicht befolgten. Denn aufwieglerische Priester waren auch in Polen rar, und im Allgemeinen unterstützte die Kirche die Protestierenden zwar moralisch, rief aber ansonsten dazu auf, Ruhe zu bewahren und „an die Arbeit zurückzukehren“. Nicht in ihrem Selbstverständnis, aber in ihren Taten widersetzten sich gerade die katholischsten Bevölkerungsteile diesem Ansinnen, allen voran die Bauern oder auch die „Radikalen“ innerhalb der Solidarnosc.

### **Solidarnosc, eine zivilgesellschaftliche Bewegung? Der Zeitraum 1981-1988**

Immer schon hatte ein Großteil der Literatur auf den - positiv verstandenen – „zivilgesellschaftlichen“ Charakter der Solidarnosc abgehoben. Durchaus im Einklang mit wichtigen intellektuellen Protagonisten wie Jacek Kuron oder Adam Michnik wurde Solidarnosc vornehmlich als Bewegung gegen politische Repression und zur Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten verstanden. Ihren eigentlichen Siegeszug tritt diese Interpretation jedoch in den achtziger Jahren an; nun nämlich ändert sich der Charakter der Bewegung selbst.

Auf die Ausrufung des Kriegszustandes durch den „Militärrat zur nationalen Errettung“ unter General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 war Solidarnosc nicht vorbereitet gewesen. Millionen Arbeiter besetzten spontan ihre Betriebe, doch auffahrende Panzer, eine komplette Kontakt- und Nachrichtensperre und Verhaftungen zwangen zur Aufgabe. Vielerorts kam es zu Schießereien, bis heute ist die Zahl der Toten und Verletzten nicht geklärt.

Angesichts anhaltender Verfolgung war der Aufbau funktionierender Untergrundstrukturen schwierig. Spontane illegale Massendemonstrationen und betriebliche Streiks, die trotz Militärgerichtsbarkeit in vielen Betrieben durchgeführt wurden, blieben daher in ihrer Wirkung begrenzt. Vielmehr ging der Einfluss der Belegschaften in der Solidarnosc sogar zurück. Auch, weil eine illegale Arbeit in den Betrieben, namentlich der vorher so grundlegende Prozess der demokratischen Entscheidung, organisatorisch besonders schwierig war. Vor allem aber verschlechterten sich gerade für die Lohnabhängigen die Versorgungs- und die Arbeitsbedingungen erneut massiv. Eine erste Maßnahme unter dem

---

7 Zum Verlauf der Debatte und der Statutenverabschiedung auf dem ersten Kongress der Solidarnosc im September 1981 vgl. George Sanford, *The Solidarity Congress 1981*, London 1990.

Kriegsrecht war die Arbeitszeitverlängerung, Sicherheitsbestimmungen wurden von den Direktoren willkürlich ausgelegt oder gänzlich ignoriert, zynische Sparmaßnahmen bei Schutz- und Hygienemitteln für die Arbeit an den verrottenden Maschinen führten zu etlichen Unfalltoten, auf Arbeitsverweigerung stand unter Kriegsrecht Verhaftung. Hinzu kam stunden- und tagelanges „Schlangestehen“ für elementarste Lebensmittel. Die enormen Kraftanstrengungen zur Sicherung der unmittelbaren Existenz und insgesamt der erneute massive Verschleiß der arbeitenden Bevölkerung führten zur Demobilisierung und Entpolitisierung breiter Bevölkerungsteile; Beobachter registrierten erschrocken das neue Ausmaß von Apathie, Alkoholismus und allgemeinem Verfall.

Eine weit wirkungsvollere Dynamik entwickelte Solidarnosc als Organisation dagegen auf politischem Gebiet. Nicht nur weil ihre (oft intellektuellen) Protagonisten durch die westliche Öffentlichkeit relativ geschützt waren, sondern auch, weil in den achtziger Jahren, ähnlich wie im Westen, neue Fragestellungen auftauchten, so die nach einem Ende ökologischer Verseuchung ganzer Landesteile. Nicht zuletzt blieb trotz laut verkündeter politischer Liberalisierung und Rechtsstaatlichkeit die polnische Innenpolitik zwar bis zum Schluss willkürlich und repressiv (einer der bekanntesten Morde ist der am Priester Popieluszko 1984); doch es eröffneten sich, forciert durch die äußere „Entspannungspolitik“, zugleich einige Spielräume. Im Resultat entwickelte sich ein relativ reiches alternatives politisches und kulturelles Leben.

Insofern bestand spätestens ab Mitte der achtziger Jahre ein eigentümliches Missverhältnis zwischen der wieder selbstbewusst agierenden Solidarnosc als politischer Bewegung und einer relativen Abwesenheit ihrer betrieblichen Basis. Einen engen Austausch zwischen Belegschaften und intellektuellen Aktivisten der Solidarnosc gab es nur noch in einigen Regionen, z.B. Wrocław. Ansonsten waren die Arbeiter zwar in die Solidarnosc eingebunden, verteilten z.B. Flugblätter oder sammelten Gelder, die Inhalte wurden aber weitgehend vom „zivilgesellschaftlichen“ Teil der Bewegung bestimmt.

Mit dieser Konstellation änderten sich dann auch Stellenwert und Inhalt der „sozialen Frage“ innerhalb der Solidarnosc grundlegend. Einerseits sind spezifische Lohnabhängigen-Interessen nun dem vordringlichen Anliegen untergeordnet, mittels „Reformen“ aus der sich weiter verschärfenden wirtschaftlichen Misere herauszukommen. Der Ruf nach „Effizienz“ wird lauter, und eben in diesem Anliegen treffen sich auch Teile der „politischen Solidarnosc“ mit reformorientierten PZPR<sup>8</sup>-Vertretern. Andererseits werden Forderungen wie „Freiheit“ und „Demokratie“ immer deutlicher mit der Option der „sozialen Marktwirtschaft“ verbunden.

Dieser Prozess verläuft keineswegs konfliktfrei. Es gibt viel interne Kritik und Auseinandersetzungen, und bis 1989 kommt es zu etlichen Abspaltungen von der Solidarnosc, eine bekannte ist die bereits 1982 gegründete „kämpfende Solidarnosc“. Walesa und seinen Beratern wird vorgeworfen, ihre internationale Bekanntheit intern zur undemokratischen Durchsetzung ihrer Positionen zu missbrauchen, mit „den Kommunisten“ zusammenzuarbeiten und die Ziele der Bewegung von 1980/81 zu verraten<sup>9</sup>. Diese Gruppen, die in der

---

8 „Polska Zjednoczona Partia Robotnicza“ (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), 1948-90.

9 Auszug aus einer Stellungnahme eines Mitgliedes der „kämpfenden Solidarnosc“, zit. nach „Solidarnosc Informations-Bulletin“, April 1987: „Unsere Führer und auch die Berater aus den Kreisen der Intellektuellen haben sich angeschickt, Formulierungen für ein „geringeres Übel“ zu suchen. Aber das ist kein Gebiet, auf welchem wir es schaffen werden, irgendeinen Erfolg zu erringen, insbesondere deshalb, weil wir es nicht schaffen, den Lebensstandard der Arbeiter, Rentner, Krankenschwestern und Lehrer zu verteidigen. Denn hier haben uns unsere diensteifrigen Ökonomen die Behauptung untergeschoben, dass das Übel, welches die Verarmung der Menschen darstellt, uns vor einem noch größeren Unheil, nämlich dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, bewahren wird. Und wir haben langsam angefangen zu vergessen, wozu und wem die Wirtschaft dienen soll, wir haben vergessen, was doch im August sehr deutlich gesagt worden war.“

Literatur fortan unter dem Begriff „Arbeitersolidarnosc“ zusammengefasst werden, hatten besonders 1988 bemerkenswerten Einfluss, als eine erneute Streikbewegung zunächst gänzlich ohne bzw. gegen die Walesa-Solidarnosc begann. Doch im dann folgenden politischen Umsturz 1989 setzen sich die Gemäßigten durch, nicht zuletzt, weil die „Arbeitersolidarnosc“ keine handfeste Alternative zur immer konkreter anvisierten „sozialen Marktwirtschaft“ vorzuschlagen hatte.

Nach 1989 entwickeln sich beide Seiten der Solidarnosc noch weiter auseinander und verlieren dabei quasi jeglichen emanzipatorischen Charakter. Aus Programm und Politik der Solidarnosc-Intellektuellen verschwindet das soziale Moment fast gänzlich; sie werden in kürzester Zeit zu völlig unkritischen Verfechtern des IWF-Kurses, wie Jacek Kuron, der nun als Arbeitsminister Privatisierung möglichst ohne und gegen die Gewerkschaften abwickeln will. Auf der anderen Seite ist die „Arbeitersolidarnosc“ nicht in der Lage, ihre sozialen Forderungen erneut in eine politische Perspektive einzubetten. Stattdessen zieht sie sich auf reaktionär nationalistisch-populistisches Terrain zurück, oft unterstützt von der Kirche. Diejenigen, die „dazwischen stehen“ organisieren sich in kleinen, mittlerweile wenig wirkungsmächtigen Parteien und Zirkeln oder ziehen sich frustriert zurück, wie der ehemalige Freund und spätere Hauptgegner Walesas, Andrzej Gwiazda.

In der Literatur wird dieser Prozess häufig als einer beschrieben, bei dem die Intellektuellen innerhalb der Solidarnosc sich mit ihren Forderungen auf Kosten der Arbeiter durchsetzten. Doch „auf den zweiten Blick“ erweist sich dieses Bild als zu einfach: Der Solidarnosc-Betriebsrat eines großen westdeutschen Autokonzerns, der 1981 noch für seine Beharrlichkeit im Kampf um die Anerkennung der Solidarnosc gefoltert worden war, verteidigt heute ohne Schwierigkeiten Lohnkürzungen und Entlassungen<sup>10</sup> und ist ebenso „angekommen“, wie ein Großteil der aus Arbeiterkreisen stammenden Parlamentarier und Bürokraten von Solidarnosc, die nicht müde werden, mit dem damaligen „Freiheitskampf“ ihre heutige antisoziale Politik zu legitimieren. Nicht zuletzt werden „wettbewerbsorientierte“ Vorstellungen auch von einem großen Teil der Belegschaften geteilt. Richtig ist aber, dass sich insgesamt, personell wie ideologisch, diejenigen Kräfte der Solidarnosc durchsetzten, die nicht nur gemäßigte politische Ambitionen repräsentierten, sondern vor allem eine weitestgehende Unterordnung sozialer Forderungen unter die Priorität der Herstellung einer „funktionierenden Marktwirtschaft“, mithin unter „Liberalisierung“ und „Demokratisierung“.

Damit wiederum wird heute ein Geschichtsbild geprägt, das die Vergangenheit der Solidarnosc auf eine rein politische Herausforderung des „kommunistischen Regimes“ reduziert. Zugespißt stehen sich in dieser Betrachtung freiheitlich-demokratische und totalitäre Kräfte gegenüber. Selbstredend war die Infragestellung der diktatorisch Herrschenden ein außerordentlicher und im Ostblock einmaliger Vorgang, für den Generationen von Arbeitern und Aktivisten teuer bezahlten. Doch an die Interpretation der Solidarnosc als eine zivilgesellschaftliche Bewegung zur „Befreiung vom Kommunismus“ kann nahtlos eine „teleologisierende Ruhigstellung“ der geschichtlichen Interpretation anknüpfen: Die Vergangenheit erscheint als leidvolle, aber ruhmreiche Vorgeschichte der heutigen, zwar auch nicht einfachen, aber freien Gesellschaft. Dieses Geschichtsbild schlägt uns nicht nur in Polen selbst

---

<sup>10</sup> Interview durch die Autorin vom 19.7.2000, Manuskriptseite 4.

allerorts entgegen, es ist auch das im Westen allgemein vorherrschende Verständnis der Bewegung.

### **„Identität“ als Teil heutiger Auseinandersetzung - Zwischenresümee**

Die Interpretation der Solidarnosc als zivilgesellschaftliche bzw. katholische Bewegung ist nicht „falsch“. Sie verweist auf historische Zusammenhänge oder bietet Erklärungen für Symbolik und den starken inneren Zusammenhalt. Nicht zuletzt trifft sie bis heute das Selbstverständnis vieler Protagonisten. Im Jahr 2000 befragt, warum er seit 30 Jahren unermüdlich gewerkschaftlich aktiv ist und sich damit Repressionen, auch gegenüber der Familie, und verbaute Aufstiegsmöglichkeiten eingehandelt hat, antwortet ein Solidarnosc-Aktivist: „Weil ich katholisch bin. In unserer Religion gehört es dazu, denen zu helfen, denen es schlechter geht als dir“.<sup>11</sup>

Doch die Selbsteinschätzung einer Bewegung ist nach wie vor nicht mit ihrer Analyse gleichzusetzen. Ebenso wie die Rückschau der Dabeigewesenen ein historisches Produkt ist, das vor allem aus ihrer gegenwärtigen Lage begriffen werden muss. Das, was eine Bewegung „ausmacht“, haftet ihr keineswegs an, sondern ist selbst Teil gesellschaftlicher Entwicklungen und Auseinandersetzungen<sup>12</sup>.

In diesem Sinne ist es durchaus eine Schwäche, wenn sich heute die erwähnten Interpretationen der Solidarnosc als „zivilgesellschaftlich“ bzw. „katholisch“ durchgesetzt haben. Sie beschreiben jeweils nur Teilaspekte. Ein weitaus übergreifenderer Zusammenhang - im Folgenden von mir als „soziale Bewegung“ bezeichnet - gerät in den Hintergrund oder bleibt vollends unberücksichtigt. Zudem ist auffällig, dass gerade die katholische und die zivilgesellschaftliche Interpretation auf die gegenwärtig brisanten Fragen keine Antwort gibt. Erringung von Bürgerrechten, Milderung der Blockstaatenkonfrontation oder Glaubensfreiheit sind in ihrer „realsozialistischen“ Form Vergangenheit. An ihre Stelle treten in Polen jetzt Fragen wie die bedrohte Fortexistenz ganzer Branchen (Landwirtschaft, Bergbau) und mithin des Überlebens der dort abhängig Beschäftigten sowie auf europäischer Ebene die Angst vor massenhafter Migration in die westlichen Länder und Lohndumping. In dieser aktuellen Situation ist die Deutung der polnischen Bewegung als katholisch oder zivilgesellschaftlich wenig hilfreich. Dafür bietet die Analyse der Solidarnosc als soziale Bewegung einige fruchtbare und produktive Bezüge. Diese ordnen sich ein in heutige Debatten um „Globalisierung“, in der wiederum die „Rückkehr der sozialen Frage“ einen zentralen Stellenwert einnimmt.

### **Solidarnosc - eine soziale Bewegung!**

In der Literatur zur Solidarnosc gibt es, neben anderen, eine ganz besonders auffällige Leerstelle: Jenseits der Feststellung, dass die „offiziellen Gewerkschaften“ im „Realsozialismus“ nicht als wirkliche Interessenvertretung anzusehen seien, gibt es so gut wie keine

---

11 Interview durch die Autorin vom 20.6.2000, Manuskriptseite 7.

12 In der Wissenschaft ist der Gedanke einer gesellschaftlich umkämpften Interpretation von Geschichte prägnant im Konzept der „kollektiven Erinnerung“ ausgearbeitet. Maurice Halbwachs, *On Collective Memory*, Chicago 1992. Erinnerungen sind danach zwar individuelle Leistungen des Menschen, diese stehen ihrerseits aber in sozialen Zusammenhängen und Auseinandersetzungen, die ihren Rückblick strukturieren.

inhaltlichen Versuche zu begründen, warum die Forderung „freie Gewerkschaften“ für Millionen von polnischen Arbeitern eine derartige Wichtigkeit besessen haben muss, dass sie dafür eine Gesellschaft auf den Kopf stellten. Das „Recht auf freie Gewerkschaften“ erscheint, als Teil umfassender Bürgerrechte, vielmehr als geradezu natürlich, als dass noch weiter begründet werden müsste, was die Bedingungen dafür waren, dass die Lohnabhängigen eine, wie sie sagten, „wahre Interessenvertretung“ offenbar so sehr benötigten. Während man sich dabei noch recht ausführlich mit der Situation der (Unter)Versorgung der Bevölkerung beschäftigt hat, fehlt insbesondere eine Fragestellung, die normalerweise mit dem Thema „Gewerkschaften“ aufs Engste zusammenhängt: die Arbeitsbedingungen<sup>13</sup>. Um sich diesen zu nähern, muss noch einmal in die siebziger Jahre gegangen werden.

Es ist heute kaum noch bekannt, dass sich in Polen bereits einige Jahre vor dem August 1980 eine illegale betriebliche Oppositionsstruktur herausgebildet hatte. Im März 1978 wurde das „Gründungskomitee freier Gewerkschaften der Küste in Gdansk“ ins Leben gerufen, zu dem viele der späteren Solidarnosc-Aktivisten zählten. Ähnliche „freie Gewerkschaftskomitees“ gab es in anderen Städten. Die teilweise sehr kleinen Gruppen standen über die Zeitung „Robotnik“ (Der Arbeiter) untereinander in Verbindung. Diese Gruppen sind darum erwähnenswert, weil sie als unmittelbare Vorläufer der Solidarnosc auch deren Forderungen vorwegnahmen, und weil aus ihren Dokumenten ersichtlich wird, dass die Ursache für die massenhafte Rebellion 1980/81 nicht nur in politischer Unterdrückung und in der eklatanten „Unterversorgung der Bevölkerung“ zu suchen ist, sondern in den Betrieben selbst bzw. in den dort herrschenden Arbeitsbedingungen.

In den siebziger Jahren war erneut ein groß angelegter, dieses Mal mit westlichen Krediten finanzierter Modernisierungsversuch der polnischen Wirtschaft fehlgeschlagen. Nach nur wenigen Jahren war Polen pleite. Ab 1975 wurde die moderate „Konsumsteigerungspolitik“ verworfen, die Löhne wurden gedrückt, der relative Geldsegen auf Pump wurde eingestellt. Bei nun knappen Mitteln, zunehmendem wirtschaftlichen Chaos und Desorganisation hieß die Parole dennoch weiter „Modernisierung“. Die Betriebsdirektoren standen durchaus unter Druck, den sie – seit den siebziger Jahren mit erweiterten Handlungsspielräumen gegenüber den Arbeitern ausgestattet – an Letztere weitergaben. Im Resultat verschlechterten sich die schon miserablen Bedingungen in den Fabriken (ein Großteil der Maschinen war veraltet, die Gebäude oft undicht, nicht beheizt und schlecht beleuchtet, der Handwagen war verbreitetes innerbetriebliches Transportmittel) deutlich. Die zusätzlich zu den langen Arbeitszeiten gefahrenen Sonderschichten nahmen zu (bis 1980 galt die 46-Stunden-Woche, nur der Sonntag war frei), sodass die tatsächlich geleistete Arbeit in den siebziger Jahren durchschnittlich ca. ein Drittel über der rechtlich festgelegten lag. Das Drei- und Vier-Schichtsystem wurde ausgebaut, regelmäßige „Sonntagsschichten“ eingeführt. Ein Thema für sich wären die nicht eingehaltenen Sicherheitsbestimmungen. An Sicherheitsgurten oder Schutzkleidung mangelte es ebenso wie an Ableitungssystemen für giftige Abfallprodukte. Auch während des kurzen West-Import-Booms waren die ausländischen Maschinen zumeist ohne die zugehörigen Sicherheitsvorrichtungen gekauft worden. Selbst offizielle Statistiken bestätigen, dass 20 bis 30 Prozent der Krankheiten der Arbeiter auf schädliche Umwelteinflüsse am Arbeitsplatz zurückzuführen seien.<sup>14</sup> Krankheit, Absentismus und Fluktuation

---

13 Nur sehr wenige Autoren kommen überhaupt auf die Idee, den Arbeitsbedingungen gesonderte Aufmerksamkeit zu schenken. Eine der wichtigen Ausnahmen ist Melanie Tatur, die bereits 1981 eine Studie dazu anfertigte, die noch heute sehr aufschlussreich ist. Melanie Tatur, Arbeitssituation und Arbeiterschaft in Polen 1970-1980, Frankfurt a.M./New York 1983.

14 Tatur, Arbeitssituation, S. 63ff.



nahmen stark zu, für Letztere ist die Angst vor einer ruinierten Gesundheit das Hauptmotiv. Seit 1975 sank die Lebenserwartung der städtischen Bevölkerung. Zugleich wurden etwa im Bergbau Belohnungen für diejenigen eingeführt, die nicht länger als eine Woche im Jahr fehlten.

Im „Robotnik“ wurden kleine und große Vorfälle zusammengetragen. Nur ein Beispiel: „Bei „Radoskor“ in Radom wurden die Beschäftigten im Dezember 1978 gezwungen, sechzehn Stunden in der ersten und zweiten Schicht zu arbeiten (wegen der Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Jahresplans); um die Belegschaft zum Bleiben zu zwingen, wurden die Gittertore des Betriebes geschlossen“.<sup>15</sup> Gegen die Willkür der Direktoren gab es durchaus Widerstand und kleine Streiks - mit oft harten Folgen. Massive Geldeinbußen drohten, auch die Entlassung. Wieder Robotnik: „Der Bürgermeister von Krakow ordnete an, dass es verboten ist, Arbeitern Beschäftigung zu geben, die von der Lenin-Hütte entlassen wurden“.

Die Folgen dieser „repressiven Modernisierung“ blieben auch der offiziellen Öffentlichkeit nicht verborgen. In den letzten Jahren vor 1980/81 hatte die Regierung, die internationalen Geldforderungen im Nacken, ein Lieblingsthema: die Arbeitsdisziplin. Ganz im Tone der gepflegten neuen Offenheit („Uns steht das Wasser bis zum Hals!“) formulierte der erste Sekretär der PZPR 1979 in einer im Westen als „Offenbarungseid“ eines „Liberalen“ gefeierten Rede u.a. Folgendes: „Im Verhältnis vieler Staatsbürger zur Arbeit sind ungeheure Reserven enthalten. Wird es uns gelingen, sie in den nächsten Jahren zu mobilisieren? Diejenigen, die redlich arbeiten, rufen nach strengen Sanktionen gegenüber den Faulenzern, nach Herbeiführung einer eisernen Disziplin (...) Vielleicht würde es sich lohnen, ein (...) Referendum abzuhalten, und von der Bevölkerung eine Zustimmung zu einer eindeutigen Behandlung aller jener zu erlangen, die Faulenzerei und Missachtung der Pflichten als ganz natürliche Angelegenheiten ansehen? Diese Leute leben ja doch auf Kosten der gut arbeitenden Polen. (...) Unsere Nation hat in schwierigen Situationen immer vermocht, ihre Kräfte zu mobilisieren und alles zu geben für die Abwendung drohender Gefahren. Wir treten jetzt in eine Entwicklungsphase ein, in der wirkliche Opferbereitschaft zur Notwendigkeit wird“<sup>16</sup>.

In diesen Tenor stimmte auch die Kirche ein, die den festgeschriebenen Platz eines Menschen in der Gesellschaft beschwor und mit Jesus Christus zu „redlicher Arbeit“ und „Verantwortung für die Nation“ aufrief.<sup>17</sup> Über einen neuen „Arbeitskodex“ versucht die Regierung, den Druck auf die Arbeiter weiter zu erhöhen.

In dieser Situation erfolgte der Auftritt des KOR, des 1976 gegründeten „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“. Die großartige historische Leistung der Intellektuellengruppe bestand nicht nur darin, dass sie ihren „guten Namen“ zum Schutz und zur Unterstützung namenloser, ungebildeter Provinzarbeiter hingab, sondern darin, dass sie sich inhaltlich konsequent auf die Seite der Arbeiter stellte. Dem von der Regierungsseite propagierten gemeinsamen nationalen Interesse zur „Rettung der Wirtschaft“ setzten sie, zusammen mit den Arbeitern, deren Reproduktionsinteressen entgegen. Nach einer Serie von katastrophalen Unfällen in den Bergwerken Schlesiens im Herbst 1976 erklärten KOR und „Robotnik“ Folgendes: „Die Geschichte bis zum heutigen Tag zeigt, dass in Polen die Überlegungen zur Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter immer hinter der Notwendigkeit der Verwirklichung

---

15 Die Zitate aus dem Robotnik sind entnommen aus: Werner Mackenbach (Hrsg.), Das KOR und der „polnische Sommer“. Analysen, Dokumente, Artikel und Interviews 1976-1981, Hamburg 1982, S. 57ff.

16 Zit. nach Armin Dross (Hrsg.), Polen. Freie Gewerkschaften im Kommunismus?, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 88ff.

17 Vgl. Dross, Polen (Rede von Kardinal Wyszyński), S. 151ff.

des Plans und dem Wachstum der Produktion zurückstanden. Daher müssen die Arbeiter allein ihre Sicherheit verteidigen: Arbeit unter gefährlichen Bedingungen, mit unbrauchbarem Material zurückweisen, nicht arbeiten, wenn man krank ist, sich nicht mit der Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklären, die Garantie der freien Sonntage und der Feiertage fordern“.<sup>18</sup>

Indem sich Intellektuelle hinter die partikularen Interessen der Arbeiter stellten, erweiterten sie nicht nur die moralische Grundlage für deren Forderungen. Vor allem wurde nun der (vor)herrschenden Ideologie ein eigener gedanklicher Zusammenhang entgegengesetzt, in dem die Interessen der Lohnabhängigen nicht länger nachgeordnet waren, sondern an erster Stelle standen. Dieser Vorgang des gedanklichen Verlassens eines sozial und ideologisch zugewiesenen Platzes (keine Forderungen ohne vorherige Leistung), machte es überhaupt erst möglich, grundsätzlich über die bestehenden Verhältnisse hinauszudenken: Wenn die gegenwärtige Gesellschaft nicht in der Lage ist, die Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen, wie muss sie dann verändert werden? Sie braucht Gewerkschaften. Was noch? Der Sturm der Fragestellungen, Forderungen und Debatten 1980/81 in jedem Winkel Polens ist Beleg dafür, wie sehr allgemeine gesellschaftliche Veränderungen mit der eigenen sozialen Existenz verbunden wurden. Qualitativer Höhepunkt sind dabei sicher die Diskussionen um Selbstverwaltung der Wirtschaft, als weitestgehende Versuche, die gesamtgesellschaftliche soziale Rollenverteilung neu zu definieren. Möglich wurden diese Debatten allerdings nur, weil in Polen für kurze Zeit ein Kräfteverhältnis bestand, das es überhaupt erlaubte und durchaus realistisch erscheinen ließ, den herrschenden gesellschaftlichen Kontext derart grundsätzlich infrage zu stellen.

### Und heute?

Entgegen gängigen Vorstellungen gibt es durchaus eine Fortführung der freiheitlich-gewerkschaftlichen Tradition in der Solidarnosc. Weder sind heute alle Solidarnosc-Aktivist\*innen antisemitisch noch Anbeter ausländischen Kapitals. Selbstredend ist die polnische Gewerkschaftsbewegung derzeit nicht in der Offensive, vor allem nicht ihre fortschrittlichsten Teile. Dies unterscheidet sie jedoch nicht grundlegend von den westlichen Gewerkschaften. Ebenso sind auch die neuen Widersprüche und Fragestellungen, die sich für polnische Lohnabhängige stellen, denen im Westen zu weiten Teilen vergleichbar geworden: Entlang welcher Achse verläuft derzeit Interessenvertretung, wenn jede Forderung seitens der Lohnabhängigen sofort auf den „Standort“ verweist, mithin auf die Verbundenheit der Arbeit mit dem Kapital? Welchen Sinn hat es, aus dieser Verbundenheit auszuscheren und - die Profitinteressen der Gegenseite ignorierend - die eigene Interessenlage zu betonen? Wer ist überhaupt die Gegenseite: die betrieblichen Manager oder die Aktionäre? Die Antworten auf diese Fragen sind so verschieden und widersprüchlich wie im Westen auch: Während ein Solidarnosc-Betriebsrat bei VW auf die Frage nach den derzeitigen Problemen der Belegschaft antwortet, bei ihnen gäbe es keine Probleme, alle Fragen würden gemeinsam geklärt und die Hauptfrage derzeit seien die Investitionen<sup>19</sup>, wird der bekennende Katholik und Solidarnosc-Aktivist bei Fiat in Bielsko Biala nicht müde, gegen den Widerstand der Geschäftsleitung internationale Gewerkschaftskontakte aufzubauen, um mit neuem Wissen

---

<sup>18</sup> Zit. nach Mackenbach, KOR.

<sup>19</sup> Interview durch die Autorin vom 19.7.2000, Manuskriptseite 7.

neue Forderungen zu stellen. Dazwischen steht Jan aus einem internationalen Elektrounternehmen im Norden, der anerkennt, dass der unproduktive Betrieb hätte umstrukturiert und Entlassungen hätten vorgenommen werden müssen, nun, da sie in den schwarzen Zahlen seien, sollen aber kompromisslos Lohnforderungen gestellt werden.<sup>20</sup>

Die Diversität der Aussagen verweist auf die derzeit allgemeine Schwäche von Gewerkschaften, angesichts von Verbetrieblichung, Globalisierung und Präkarisierung, über den Betrieb hinausgehende Strategien zu entwickeln. Diese können, so viel ist immerhin klar, nur kollektiv angegangen werden. Wie heute eine den neuen Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen entsprechende Kollektivität aussieht, wie sie angesichts zunehmender Individualisierung nicht nur in den Lebensstilen, sondern auch in den Arbeitsverhältnissen überhaupt herzustellen ist, ist Teil der Debatte. Diese ist ihrerseits europäisch, wenn nicht international zu führen, wobei Osteuropa angesichts der gerade von hier ausgehenden Standortkonkurrenz einen besonderen Stellenwert einnimmt.

Deutlich scheint zudem, dass sich eine neue, kollektive gewerkschaftliche Politik gegen die derzeit vorherrschenden Sachzwänge richten muss, indem sie eigene, unhintergehbare Maßstäbe aufstellt. Arbeitslose in Frankreich antworteten 1997 auf die Erklärung Jospins „Wir müssen sparen!“ mit der Parole „Wir müssen leben!“. Diese Parole ist noch keine Strategie. Sie verweist aber darauf, dass in bestimmten historischen Situationen die Logiken der Gesellschaft auf den Kopf gestellt werden müssen, um wieder eine Perspektive zu entwickeln und dass neue Allgemeininteressen zunächst nur auf Grundlage von Partikularinteressen entwickelt werden können. Genau diesen Ansatz haben die polnischen Arbeiter in der Solidarnosc-Bewegung praktiziert; sie haben die soziale Frage radikal gestellt und scheinbar unverrückbare Sachzwänge ignoriert. Ihr historisches Scheitern sollte kein Grund sein, diesen Versuch nicht als Teil des Erbes für heutige Auseinandersetzungen anzusehen.

---

20 Interview durch die Autorin vom 10.7.2000, Manuskriptseite 4f.